

Die Armee braucht einen strategischen Rahmen

Autor(en): **Lezzi, Bruno**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **177 (2011)**

Heft 10

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-178600>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Armee braucht einen strategischen Rahmen

Die Diskussionen um die künftige Ausrichtung der schweizerischen Sicherheitspolitik drehen sich zurzeit fast ausschliesslich um die Armee. Strategische Überlegungen kommen zu kurz. Die folgenden Gedankenanstösse zu einer Erweiterung des sicherheitspolitischen Dialogs stützen sich auf eine Studie, die für den Think-Tank «Avenir Suisse» verfasst worden ist.*

Bruno Lezzi

Bestandes- und Rüstungsfragen sowie Finanzprobleme dominieren zurzeit die Armeedebatte in Politik und Öffentlichkeit. Mit der Beurteilung des strategischen Rahmens, der für die Definition der Verteidigungspolitik nötig wäre, lässt man sich hingegen Zeit. So will die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates erst Ende 2013 Antworten des Bundesrates auf Fragen nach Kooperationsmöglichkeiten der Schweiz im Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Sicherheitspolitik wird also nach wie vor weitgehend als Verteidigungspolitik verstanden. Das zeigte nicht zuletzt die Debatte in der diesjährigen Herbstsession des Nationalrates, der sich wie die kleine Kammer auf einen zahlenmässigen Umfang des militärischen Instruments von 100 000 Soldaten festlegte. Unter erheblichem Einfluss der Kantone bildete die Durchhaltefähigkeit bei subsidiären Einsätzen zugunsten der zivilen Behörden in kritischen Lagen ein wichtiges Kriterium für den Entscheid, die vom Bundesrat vorgeschlagenen 80 000 Armeeingehörigen abzulehnen.

Wenig beachtete internationale Trends

So gesehen, ist es nicht erstaunlich, dass internationale Trends nicht die Beachtung finden, die sie eigentlich verdienen sollten. Es mangelt an einer vertieften Auseinandersetzung mit neuen Kriegs- und Konfliktsbildern, an einer differenzierten Betrachtung der Vor- und Nachteile der modernen Militärtechnologie und nicht zuletzt an einer vorurteilslosen Betrachtung der Entwicklung von NATO und EU. Weder das neue strategische Konzept der Allianz noch der Vertrag von Lissabon werden in parlamentarischen Debatten in ihrer jeweiligen

Bedeutung für die schweizerische Sicherheits- und Verteidigungspolitik analysiert.

Unter all diesen Vorzeichen wird man nicht darum herumkommen, den Sinn für strategisches Denken im nationalen und

«Einem strategischen Dialog zwischen Regierung und Parlament, aber auch zwischen Politik und Militär ist grosse Bedeutung zuzumessen.»

internationalen Zusammenhang zu schärfen. Zurzeit werden formelhafte Absichtserklärungen einer eingehenden Strategiedebatte vorgezogen. Einem strategischen Dialog zwischen Regierung und Parlament, aber auch zwischen Politik und Militär ist deshalb wieder grössere Bedeutung zuzumessen. Damit liesse sich auch eine differenzierte Koordination des sicherheitspolitischen Instrumentariums auf Grund gemeinsamer Lagebeurteilungen erreichen. Mit strategischen Seminaren, denen sich im Kalten Krieg sogar der Bundesrat gelegentlich unterzog, könnte das Verständnis für eine von parteipolitischen Floskeln losgelöste Strategiedebatte allmählich wieder geschaffen werden.

Verteidigungsbegriff neu fassen

Diskutiert werden muss vor allem, wie Verteidigung in einem gegenüber der Zeit des Kalten Krieges substanziell veränderten Europa verstanden werden sollte. Die Schweiz muss zwar in der Lage sein, kritische Versorgungs- und Verkehrsinfrastruktur sowie politisch wichtige Zentren, wie

beispielsweise die Sitze internationaler Organisationen in Genf und nationale Führungseinrichtungen, aus eigener Kraft zu schützen und den Luftraum im Rahmen der eigenen Möglichkeiten zu überwachen und zu sichern.

Mehr muss auf absehbare Zeit ja auch nicht getan werden. Mit einer Rundumbedrohung, auf die man sich in den Jahren der ideologischen Gegnerschaft richtigerweise einzustellen hatte, wird die Schweiz auf absehbare Zeit wohl nicht mehr konfrontiert werden. Alle diese Aufgaben können aber nur dann zeit- und sachgerecht erfüllt werden, wenn nachrichtendienstliche Verbindungen mit dem Ausland die dafür nötigen Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlagen liefern. Und nur im multinationalen Verbund, das heisst im Klartext: im Rahmen der NATO, wäre die Raketenabwehr zu bewältigen. Im Alleingang kann der Bedrohung durch ballistische Raketen nicht begegnet werden. Hingegen sind – nur nebenbei bemerkt – Ideen, sich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU anzunähern und sich beispielsweise an deren Battlegroups zu beteiligen, vorderhand nicht viel mehr als Luftschlösser.

Besonders schwierig ist es für die Armee, mit der wohl noch auf längere Sicht herr-

«Es ist unerlässlich, gesamtschweizerisch verbindliche, standardisierte Prozesse für die Zusammenarbeit zwischen Armee und Polizei zu schaffen.»

schenden Unsicherheit umzugehen. Verteidigungsplanung bedeutet unter den gegenwärtig herrschenden Umständen, möglichst flexibel vorzugehen und somit anpassungsfähig zu bleiben mit dem Ziel, mit Unwägbarkeiten zu Rande kommen zu können. Für die Schweizer Armee und für das ganze Land geht es darum, mit Blick auf ein weites, vorderhand diffuses Bedrohungsspektrum aktionsfähig zu bleiben, wobei sich der zahlenmässige Umfang des militärischen Instruments nie genau festlegen lassen wird. Da die entsprechenden Rahmenbedingungen fehlen, kann eine Verteidigungsdoktrin nicht formuliert werden. Mit dem Ziel, ein weitgehend friktionsloses Krisenmanagement zu ermöglichen, ist es jedoch unerlässlich, gesamtschweizerisch verbindliche, standardisierte Prozesse für die Zusammenarbeit zwischen Armee und Polizei zu schaffen.

Umstrittenes Auslandengagement

Das militärische Auslandengagement der Schweiz wird wohl noch auf absehbare Zeit politisch umstritten bleiben. Seit längerem drehen sich die Diskussionen fast ausschliesslich um die Ausgestaltung der Beteiligung an multinationalen Operationen. Hingegen wird die strategische Grundsatzfrage, wie sich die Schweiz in einer europäischen Sicherheitsarchitektur positionieren soll, ausgeklammert oder als noch nicht spruchreif bezeichnet. In dieser Hinsicht schlägt beispielsweise Schweden einen anderen Weg ein: So profiliert sich dieses Land als Vorreiter der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in Nordeuropa. In der Schweiz hingegen sind die Widersprüche zwischen sicherheitspolitischen Absichtserklärungen und dem tatsächlichen Engagement bei der Friedensförderung mit militärischen Mitteln evident.

Der Bogen ist weiter zu spannen – auch mit Blick auf einen allfälligen Kauf neuer Kampfflugzeuge. Ohne kooperative Abstützung auf das Ausland wird sich ein solch komplexes Rüstungsgut wohl kaum mehr in ausreichendem Umfang beschaffen und betreiben lassen. Dies gilt nicht nur für

«Die Widersprüche zwischen den Absichtserklärungen und dem tatsächlichen Engagement bei der militärischen Friedensförderung sind evident.»

die Schweiz. In der diesjährigen Juli/August-Nummer der Zeitschrift «Foreign Affairs» schreibt der Generalsekretär der NATO, Anders Fogh Rasmussen, dass es künftig darum gehen müsse, unter dem Stichwort «smart defense» enger zusammenzuarbeiten, Ressourcen zu kombinieren und dabei nicht zuletzt Geld einzusparen.

Was die operationellen Aspekte der militärischen Friedensförderung betrifft, liesse sich mit einem aus Zeitsoldaten gebildeten Verband im Umfang von etwa 1500 Soldaten Flexibilität und Handlungsfreiheit gewinnen. Zudem wären strukturelle Anpassungen unumgänglich. Nachhaltig, das heisst: über einen längeren Zeitraum sind hochwertige Leistungen nämlich nur mit Verbänden zu erbringen, die entsprechend organisiert und ausgerüstet sind. Helikopterformationen beispielsweise haben über integrierte Elemente für Flugbetrieb, Instandhaltung und Schutz zu verfügen. Das bedeutet allerdings auch, dass Berufsmilitärs auf die Übernahme von Funktionen im Ausland verpflichtet werden müssen.

Die Armee muss relevant bleiben

Wenn der gegenwärtige sicherheits- und verteidigungspolitische Kurs der Schweiz eingehalten werden sollte, dürften sich die Widersprüche zwischen den weltpolitischen Realitäten und der konzeptionellen strategischen Ausrichtung in den nächsten Jahren noch akzentuieren. Eine Konzeption, die wie die schweizerische zwar von der Voraussetzung ausgeht, dass eine umfassende Sicherheit praktisch nur noch in internationaler Zusammenarbeit gewährleistet werden kann, die Armee aber – im Gegensatz zur Aussenwirtschaftspolitik, zum Nachrichtendienst und zur Polizei – nur in kleinen Segmenten an dieser Kooperation teilhaben lassen will, ist nicht plausibel.

Eine Armee, welche die Friedensunterstützung als eine der strategischen Hauptaufgaben nur marginal wahrnehmen kann und gleichzeitig bei der Erfüllung innerer Aufgaben auf Hilfeinsätze beschnitten wird, wird über kurz oder lang marginalisiert. Sie wird mit andern Worten irrelevant. Nur wenn die Armee Aufträge erfüllt, die auf Grund der herrschenden Sicherheitslage im Vordergrund stehen, wird sie auch die Ressourcen erhalten, die für die Weiterentwicklung auf mittlere und längere Sicht nötig sind. ■

* Bruno Lezzi: Wider die sicherheits- und verteidigungspolitische Stagnation. In: Sicherheits- und Verteidigungspolitik im 21. Jahrhundert, Avenir Suisse, Zürich 2011. Diese Broschüre enthält ebenfalls eine Studie von Daniel Heller. www.avenir-suisse.ch



Oberst i Gst
Bruno Lezzi
Dr. phil.
Lehrbeauftragter
Uni Zürich
8802 Kilchberg ZH



Gefechtsmappe „Swiss Army“
Das Original für die Zivilverteidigung!
Schreibmappe, A4 oder A5 tarnfarbig oder in zivilem Schwarz. Der ideale Führungsbehelf für Kaderleute. Führungsbehelfshüllen DIN A4/A5/A6, für Checklisten, Merkblätter, Pläne.



Mentrex AG
Schutztechnik + Sicherheit
CH-4208 Nunningen
Telefon 061 795 95 90
Telefax 061 795 95 91
www.mentrex.ch

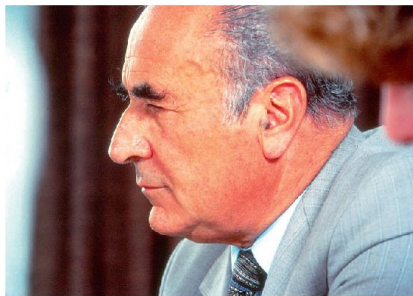
Charles Grossenbacher, Rüstungschef von 1973 bis 1985

Nach einem reicherfüllten Leben verstarb Charles Grossenbacher am vergangenen 18. August 2011 im Alter von 90 Jahren. Die meiste Zeit seines aktiven Berufslebens – mehr als 34 Jahre – stand er im Dienste des Eidgenössischen Militärdepartements EMD, heute Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS.

Charles Grossenbacher trat 1951 aus der Privatwirtschaft kommend als Ingenieur in die Kriegstechnische Abteilung KTA – heute armasuisse – in den Dienst des Bundes ein.

Seine Ausbildung als Elektroingenieur ETHZ sowie seine militärische Karriere zum Oberst der Artillerie und Generalstabsoffizier stellten für seine berufliche Laufbahn geradezu ideale Voraussetzungen dar. Nach einem Aufenthalt beim Militär- und Luftattaché in Washington in den USA in den Jahren 1953 bis 1957, leitete er vorübergehend das neu formierte Lenkwaffenbüro und setzte dann seine berufliche Karriere als Sektions- und Abteilungschef weiter fort.

Im Jahr 1962 übernahm er die Leitung der Mirage-Beschaffung. Nach einer Reorganisation der KTA wurde er im Herbst 1962 zum Direktor der neu gestalteten technischen Direktion berufen. 1969 erfolgte die Ernennung zum stellvertretenden Rüstungschef. Wirren um die Flugzeugbeschaf-



fung eines Erdkampflugzeuges Anfang der siebziger Jahre führten zum Abgang des ersten Rüstungschefs, Heiner Schulthess.

In der Folge übernahm Charles Grossenbacher am 1. Oktober 1972 zuerst interimistisch die Führung der Gruppe Rüstungsdienste, bevor ihn der Bundesrat auf den 1. März 1973 zum Rüstungschef und Leiter der Gruppe für Rüstungsdienste ernannte.

Diese verantwortungsvolle Funktion übte er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1985 souverän aus.

Charles Grossenbacher zeichnete sich als zielstrebig und äusserst kompetenter Rüstungschef aus. Er war wegen seines profunden technischen und militärischen Wissens im damaligen Rüstungsausschuss des EMD ein wertvoller Berater und das Bindeglied der Partnerschaft zwischen Industrie und Militär. In seiner Funktion war er massgeblich für den materiellen Aus- und Aufbau unserer Armee zu jener Zeit verantwortlich.

Viele Beschaffungsprojekte wurden unter seiner Führung realisiert oder in Angriff genommen. So zum Beispiel der Kampfpanzer LEOPARD und das Fliegerabwehrsystem RAPIER. Charles Grossenbacher waren auch die ehemaligen Militärwerkstätten, die heutigen RUAG-Betriebe, unterstellt.

Das VBS und armasuisse verdanken Charles Grossenbacher die wertvollen Dienste zu Gunsten unseres Landes und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ulrich Appenzeller, Rüstungschef

Unsere Armee hat einen strategischen Rahmen

(Eine Antwort an Herrn Dr. Lezzi)

Der schweizerische Rahmen für die Sicherheitspolitik ist in den Artikeln 2.1. und 58.2 unserer Bundesverfassung festgelegt. Die Begriffe im Art. 2.1 können sogar als Leitidee für unser Land bezeichnet werden. Ob die Hinweise betreffend Erhaltung des Friedens und Kriegsverhinderung im Art. 58.2 seinerzeit bewusst so gefasst wurden, um eine Türe zur internationalen militärischen Zusammenarbeit offen zu haben, wäre noch zu klären. Dieser Hinweis erhält noch seine besondere Bedeutung, weil unsere Landesgrenzen die Bildung stark abgetrennter Staatsgebiete erleichtert haben (Stadtgebiete Basel und Genf, Kanton Schaffhausen, Mendrisio und Bündertaler.

Zum umstrittenen Auslandsengagement wird man an die politische Herkunft des Autors erinnert.

Im Bereich der militärischen Literatur ist man in der Lage, aus dem Umfeld des «Kalten Krieges» und der damaligen Armeeorganisation Lösungen aufzuzeigen. Und schliesslich besitzen wir im Reglement 51.7 alle Hinweise über Konflikte und Neutralität. Auch der Bundesordner mit der Mängelstelle der früheren Armee 95 ist noch verfügbar.

Was im Zusammenhang mit der damals zuständigen Armeeführung im «Traktandum Materialaufräumung» geschehen ist, kann ich nur eine Frage stellen: Wie steht es mit dem finanziellen Nachholbedarf?

Zu solchen finanziellen Massnahmen gehören neben dem Aufwand für die Luftwaffe auch folgende Bereiche:

- terrestrische Fliegerabwehr
- Ersatz der 12 cm Minenwerfer
- Sicherstellen der Reserven aller Kampfmunition und des Betriebsstoffes
- Überprüfung des gesamten Sanitätsmaterials inklusive Fahrzeuge.

Ob man mit den Angaben für das finanzielle «Muss» auskommen kann, ist meines Erachtens fraglich. Hier gilt es unserer Landespolitik wirklich klaren Wein einzuschenken. Zu dieser ausserordentlichen Lage gehört eine ausserordentliche Korrektur.

*Div aD H. Wächter
Präs. Aktion Aktivdienst bis März 2010*